



Presseinformation

Nr. 69 / 2013

Kiel, Montag, 18. Februar 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verkehr / Fehmarnsund-Querung

Christopher Vogt: Die feste Fehmarnbelt-Querung braucht eine angemessene Hinterlandanbindung

Zur Anmeldung einer neuen Fehmarnsund-Querung für den neuen Bundesverkehrswegeplan durch die Landesregierung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wir haben für die feste Fehmarnbelt-Querung immer eine angemessene Hinterlandanbindung ohne Nadelöhr am Fehmarnsund und mit zweiter Bahntrasse in Ostholstein gefordert und freuen uns, dass wir nun von Seiten der Landesregierung Unterstützung bekommen. Wir begrüßen die von Minister Meyer vorangetriebene Anmeldung einer neuen Fehmarnsund-Querung für den Bundesverkehrsplan durch die Landesregierung. Der Verkehrsminister geht in dieser Frage deutlich offensiver vor als sein Amtsvorgänger. Dieses Vorgehen ist im Interesse unseres Landes, weil unser Bundesland die Jahrhundert-Chance nur dann nutzen können, wenn der Bund eine angemessene Hinterlandanbindung bauen lässt.

Die Planung des Nadelöhrs von Seiten des Bundesministeriums haben wir immer als sehr unglücklich angesehen. Diese Planung hatte offenbar mehr einen finanziellen als einen verkehrspolitischen Hintergrund, weil frühere Bundesregierungen die abgeschlossenen Staatsverträge mit den Nachbarstaaten finanziell unzureichend hinterlegt hatten.

Ich bin etwas verwundert, dass man sich auf Seiten der Koalition bereits auf eine Tunnellösung festlegt und auch schon eine Kostenschätzung äußert. Die Landesregierung sollte jetzt nicht spekulieren, sondern in Gesprächen mit der Bahn und der Bundesregierung die möglichen Varianten genauer abklopfen. Klar ist für uns, dass der Bund der Verpflichtung bei der Hinterlandanbindung nicht mit einer Billig-Variante nachkommen kann. Am Fehmarnsund muss eine angemessene Lösung gefunden werden, und auch bei der Trassenführung durch Ostholstein muss die Bahn erkennen, dass der Güterverkehr nicht durch die Bäderorte rollen kann, diese aber gleichzeitig ihre Bahnanbindung behalten müssen. Genauso wie wir von

der dänischen Seite eine angemessene Hinterlandanbindung erwarten, erwarten wir dies auch von der Bahn und der Bundesregierung.

Der von den Gegnern des Projekts gern bemühte Vergleich mit Stuttgart 21 trifft aus meiner Sicht nicht zu. Abgesehen davon, dass die Grünen das Projekt politisch für sich nutzen wollen, sehe ich keine Parallelen zwischen den beiden Projekten. Die aktuelle Doppelstrategie der Grünen wird für sie mit der Zeit nach hinten losgehen. Es ist auf Dauer wenig überzeugend, wenn man das Projekt am Kabinetttisch vorantreibt und dann aus der Partei und der Fraktion heraus torpediert.“